

# Israel wird radikaler

VON JÜRGEN RAHMIG

FRANKFURT/REUTLINGEN. Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu versucht sein Land im Ausland als »Bollwerk der westlichen Zivilisation« gegen den Islamismus herauszustellen – mit dem Ergebnis, dass die westlichen Regierungen Israel nach wie vor ziemlich nachsichtig behandeln. Aus Angst vor den islamischen Fundamentalisten und Terroristen legen sie mehr Wert auf Stabilität als auf die Einhaltung von Menschenrechten und Demokratie. Das gilt für die Golfstaaten und Ägypten ebenso wie für Israel selbst, wo der Ton gegenüber eigenen kritischen Organisationen rauer geworden ist. Inzwischen können Vertreter radikaler Parteien und Nationalreligiöse in Israel Andersdenkende ungerügt als Volksverräter beschimpfen.

»Ich würde sagen, es hat sich in Israel nicht nur nichts getan. Es hat sich sogar viel getan, aber zum Negativen.« Der Nahostreferent der Hilfsorganisation Medico International, Riad Othman (40), leitete jahrelang das Medico-Büro in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten. Der Historiker ist realistisch und will nichts beschönigen. Israelische Menschenrechtsorganisationen wie »Breaking the Silence«, die die Siedlungspolitik der Regierung im Westjordanland kritisieren, sind Netanjahu ein Dorn im Auge. Er versucht sie zu diskreditieren, und die Regierung hat deshalb ein NGO-Gesetz verabschiedet, das insbesondere Besatzungsgegner ins Visier nimmt und sie als ausländische Agenten brandmarkt.



Riad Othman von  
Medico International.

FOTO: GORDON  
WELTERS

»Breaking the Silence« gehört ebenso zu den Medico-Partnern wie »Physicians for Human Rights – Israel«. Der deutsche Außenminister Sigmar Gabriel, der sich mit Vertretern derart stigmatisierter Organisationen getroffen hat, musste das erfahren. Prompt hatte Netanjahu das geplante Treffen mit ihm abgesagt. Dass sich Gabriel nicht von Netanjahu erpressen ließ, bedeutet noch keinen Druck auf Israel. »Beide haben letztlich innenpolitisch gepunktet«, sagt Othman im Gespräch mit dem GEA. Solch aggressives Vorgehen gegen Kritiker ist übrigens keine Entwicklung allein in Israel. Ähnliches geschieht auch in den Palästinensergebieten. Davon kann die palästinensische Menschenrechtsorganisation »AlMezan« ein Lied singen.

In Israel vollzieht sich ein gesellschaftlicher Wandel. Manche Beobachter meinen sogar, Israel könne überhaupt nicht mehr zum Westen gerechnet werden. Das



Das Foto zeigt einen Blick auf die jüdische Siedlung Maale Adumim im Westjordanland.

FOTO: DPA

hat viel mit der jüdischen Zuwanderung aus den arabischen Staaten und mit Demografie zu tun. Für die israelische Gesellschaft ist die Anwesenheit von 600 000 Siedlern im Westjordanland und Ost-Jerusalem inzwischen eine Selbstverständlichkeit. Netanjahu verändert mit seinem forcierten Siedlungsbau die Realitäten. Parallel dazu hat er sich von der Zweistaatenlösung verabschiedet. Der Anspruch auf das Westjordanland (Westbank) wird religiös begründet. Dafür stehen vor allem die ultrarechten und nationalreligiösen Parteien in der Regierungskoalition.

Viele Siedlungen seien an Orten mit historischer Tradition errichtet worden. Und so wird dann auch die jüdische Gemeinde in Hebron legitimiert, wo sich extrem gewalttätige Siedler festgesetzt haben. »Aus Sicht der israelischen Regierung gibt es keine besetzten palästinensischen Gebiete«, sagt Othman. Die Besetzung von 1967 sei aus dem kollektiven Gedächtnis getilgt, die grüne Linie, der Grenzverlauf vor dem Sechstagekrieg von 1967, ist irrelevant. Das unterstreicht der Siedlungsbau und die damit verbundene Zerstückelung des palästinensischen Gebietes auf der Westbank. Dazu zählt Othman auch die weiterhin bestehende Abriegelung von Gaza, »die nach internationalem Verständnis gleichfalls eine Besatzung darstellt«.

## EU-Maßnahme verpuffte

Es sei gesellschaftlicher Konsens geworden, nicht mehr zwischen dem Land Israel und dem Staat Israel und seinem Staatsgebiet zu unterscheiden. Es gehört zum Sprachgebrauch, von Eretz Israel zu sprechen, von dem Heiligen Land, dem Land der Bibel. Es ist auch in den Parteien der sogenannten politischen Mitte mittlerweile nicht mehr so umstritten,

dass man Israel sagt und damit nicht nur das Kernland meint, sondern auch Maale Adumim, Hebron, Bet-El. Deshalb wäre eine Räumung dem immer größer werdenden Teil der israelischen Bevölkerung auch kaum zu vermitteln.

Im Dezember 2016 wurde die Sicherheitsratsresolution 2334 verabschiedet. Danach muss Israel alle Siedlungsaktivitäten in den besetzten Palästinensergebieten einschließlich Ost-Jerusalem sofort stoppen. In einem anderen Punkt der Resolution werden alle UN-Mitgliedstaaten rechtlich bindend dazu angehalten, in ihren Beziehungen zwischen dem Gebiet des Staates Israel und den 1967 besetzten Gebieten zu unterscheiden. Das betrifft natürlich auch die Wirtschaftsbeziehungen »und da kann Israel unter Umständen ein Problem bekommen«, meint Othman. »Es gibt keine größere Siedlung, wo nicht die israelischen Banken »Leumi« oder »Hapoalim« Filialen haben. Der ganze Siedlungsbau muss irgendwie finanziert werden. Das heißt, die israelischen Großbanken hängen natürlich in den Siedlungsprojekten mit drin.« Die internationale Gemeinschaft, die Deutsche Bank oder die Münchner Rückversicherung beispielsweise, sollten glaubhaft geführte Nachweise dafür verlangen, sagt Othman, dass ihr in Israel investiertes Geld tatsächlich in Israel bleibt und nicht jenseits der grünen Linie eingesetzt wird.

Die EU-Entscheidung vom November 2015, Produkte aus den Siedlungen zu kennzeichnen, hätte ein Signal aussenden können. Die israelische Regierung setzte das Vorhaben aber sofort mit einem anti-israelischen Boykott gleich. Die EU-Maßnahme verpuffte.

»Angesichts der Asymmetrie des Konflikts wird es ohne Einflussnahme von außen kaum gehen«, sagt Riad Othman. Es gebe durchaus Möglichkeiten, wie Regierungen Druck auf Israel ausüben könn-

ten. Er verweist auf entsprechende Paragraphen in den EU-Assoziierungsabkommen, in denen es um die Menschenrechte geht. Brüssel könnte das Abkommen mit Israel mit Blick auf die Palästinenser vorübergehend auf Eis legen. Auch die massiven finanziellen und anderweitigen Hilfen der EU, Deutschlands und der USA für den israelischen Staat könnten an konkrete Bedingungen geknüpft werden. Stattdessen akzeptiert die internationale Gemeinschaft stillschweigend die Vereinbarung des Westjordanlands und die weitere Fragmentierung der palästinensischen Gebiete.

## Trump als die große Unbekannte

Israelis wie Palästinenser wissen noch nicht, was sie vom neuen US-Präsidenten zu erwarten haben. Die Palästinenser fragen sich, »lässt er sich von Israel so vereinnahmen wie seine Amtsvorgänger?« Aufhorchen ließ die Äußerung, er (Trump) könne eigentlich mit allen Lösungen leben, auf die sich die Konfliktparteien einigen mögen. »Das ist natürlich fatal und Verhandlungen ohne echten Ausgleich der Machtasymmetrie waren genau der Ansatz, der Jahrzehnte lang zu gar nichts geführt hat«, sagt Othman.

Dann hat Trump beim israelischen Siedlungsbau Zurückhaltung gefordert. Was ist passiert? »Netanjahu schiebt im Prinzip die Evakuierung des Außenpostens Amona vor, um die erste ganz neue Siedlung nach über 20 Jahren zu bauen.« In Amona im Westjordanland wurden die Häuser von 280 Siedlern unter heftigen Protesten abgerissen. Dafür sollten sage und schreibe 3 000 neue Wohnungen entstehen. In zwei Wochen soll Trump in Bethlehem mit Palästinenserpräsident Mahmud Abbas zusammentreffen. Dass es tatsächlich dazu kommt, scheint allerdings noch nicht gewiss. (GEA)